

BMW und Klärschlammverbrennung

Zahlreiche aktuelle Themen wurden beim Grünen Stammtisch behandelt

Volles Haus herrschte beim Stammtisch der Grünen im Hotel Gäubodenhof. Die Ankündigung, MdB Erhard Grundl und die Fraktionsvorsitzende in Stadtrat, Feride Niedermeier, würden zu den Themen Gebäudeenergiegesetz, geplantes BMW-Werk in Straßkirchen sowie die 120 000-Tonnen-Klärschlammverbrennungsanlage in Straubing sprechen, zog Grüne und Nicht-Grüne an.

Vertreter der Bürgerinitiative „Lebenswerter Gäuboden“ machten ihre Forderung deutlich, dass sie sich von den Grünen noch mehr Unterstützung wünschten. Grundl und Niedermeier berichteten von mehrfachen Treffen und Gesprächen mit BMW. „Wir halten diesen Gesprächskanal offen, damit wir unsere Forderungen nach einer ökologischen Ausgestaltung des geplanten Werks adressieren können“, sagte der Straubinger MdB, der betonte, dass neben dem Flächenverbrauch die Frage der Verkehrsanbindung von BMW und auch den Entscheidungsträgern im Landkreis beantwortet werden müsse.

„Wir werden die Ansiedlung ablehnen müssen, wenn hier kein realistisches Konzept vorgelegt wird. Und zwar bevor die Genehmigungsverfahren in die entscheidende Phase gehen“, sagte Grundl. Feride Niedermeier erklärte, dass besonders auf kommunaler Ebene in Straßkir-



MdB Erhard Grundl (Mitte) konnte zahlreiche interessierte Gäste begrüßen.

Foto: Grüne

chen sichergestellt werden müsse, dass die Versprechungen, die BMW heute macht, auch verbindlich in den Genehmigungen festgeschrieben werden.

„Keine Lösung für Straubing“

Auf Fragen zur Monoverbrennungsanlage sagte die Fraktionsvorsitzende, dass der Oberbürgermeister und die SER ins Handeln kommen müssten. „Es ist offensichtlich, dass man sich auch technologisch in eine Sackgasse begeben hat. Die 120 000-Tonnen-Klä-

schlammverbrennungsanlage ist keine Lösung für Straubing.“

Zum Kabinettsbeschluss der Bundesregierung zum Gebäudeenergiegesetz sagte Grundl, dass der Gesetzentwurf den Umstieg auf erneuerbares Heizen regle und sowohl Machbarkeit, als auch die sozialen Gegebenheiten in den Mittelpunkt stelle. Es werde einen pragmatischen Übergang und klare Investitionsanreize geben.

„Am teuersten für die Menschen wird das Festhalten an fossilen Energieträgern sein. Daran muss sich Regierungshandeln messen lassen.“

-red-